



Marcel Fratzscher ist Präsident im Vorstand am DIW Berlin
Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Deutschlands Schwäche ist selbst verschuldet

Die deutsche Wirtschaft ist im zweiten Quartal überraschend geschrumpft. Die Versuchung ist groß, den Russlandkonflikt dafür verantwortlich zu machen. Deutsche Exporte nach Russland und Osteuropa sind in den vergangenen Monaten gesunken. Der Umfang dieser Exporte ist jedoch, bezogen auf die gesamte Wirtschaft, vergleichsweise klein. Ihr Rückgang allein kann die wirtschaftliche Schwäche Deutschlands nicht erklären, zumal sich die Exporte in andere Regionen gut entwickelt haben. Es ist vielmehr eine starke Unsicherheit, die deutsche Unternehmen in ihren Investitionen hemmt. Die deutsche Investitionsquote gehört schon seit langem zu der niedrigsten aller Industrieländer. Die hohe Unsicherheit ist jedoch nicht durch den Russlandkonflikt verursacht worden. Hinter ihr steckt eine ganze Reihe weiterer Faktoren, die ihren Ursprung in Deutschland und der Euro-Zone haben.

So ist in den vergangenen Monaten klar geworden, dass die europäische Krise bei Weitem nicht bewältigt ist. Italiens Wirtschaft schrumpft bereits seit Anfang des Jahres, der Fortschritt bei wichtigen Reformen in Frankreich und anderen Ländern ist nach wie vor gering, und der Kollaps der portugiesischen Bank Espírito Santo verdeutlicht, dass einige Banken noch immer große Risiken für die Wirtschaft darstellen. Keine dieser Unsicherheiten wird sich schnell legen. Vor allem der Banken-Stresstest in der zweiten Jahreshälfte bedeutet weiterhin Unsicherheit.

Die Schwäche der deutschen Wirtschaft ist zu einem erheblichen Teil durch die enttäuschende Entwicklung der Euro-Zone zu erklären. Auch wenn die deutsche Perspektive gerne auf die globale Wirtschaft gerichtet ist, so sollte uns bewusst sein, wie stark die deutsche Wirtschaft von der der Euro-Zone abhängig ist. Deutschland wird nicht nachhaltig wachsen können ohne ein gesundes Wirtschaftswachstum in der gesamten Euro-Zone.

Auch die einheimischen Rahmenbedingungen für die deutsche Wirtschaft bergen nach wie vor viele Unsicher-

heiten – sei es bei den zukünftigen Energiekosten, den steuerlichen Belastungen, der Infrastruktur oder der Verfügbarkeit von Fachkräften. Die Inflation in Deutschland ist überraschend stark gefallen und bedeutet eine Planungsunsicherheit für zahlreiche, wenn auch nicht alle Branchen.

Wer eine schnelle Erholung der deutschen Wirtschaft im dritten Quartal erwartet, wird wohl enttäuscht werden. Die Mehrzahl der Indikatoren in den vergangenen drei Monaten – bei der Industrieproduktion, den Aufträgen für Unternehmen, als auch Erwartungsindikatoren – deuten darauf hin, dass die deutsche Wirtschaft wahrscheinlich auch im dritten Quartal schrumpfen wird. Technisch gesehen dürfte die deutsche Wirtschaft damit in eine Rezession abgleiten. Selbst wenn das vierte Quartal wieder stärkere Wachstumszahlen zeigen sollte, so wird die ursprüngliche Wachstumsprognose von 1,8 bis 2 Prozent für dieses Jahr unhaltbar sein. Die Wirtschaft wird wohl wenig mehr als ein Prozent zulegen können.

Eine so deutliche Revision erfordert auch eine Anpassung der Politik, da Steuereinnahmen und die Einzahlungen in die Sozialkassen geringer ausfallen werden. Damit könnte die fiskalische Konsolidierung gefährdet sein, und die Bundesregierung steht vor der Frage, wie sie diesen Ausfall kompensieren kann. Die schwachen Wachstumszahlen sollten ein Weckruf für die Wirtschaftspolitik in Deutschland und in Europa sein. Wir brauchen dringend einen Wachstumsimpuls, der die Binnennachfrage und vor allem die privaten Investitionen stärkt. Dazu müssen die Struktur-reformen auf der Angebotsseite entschieden umgesetzt werden, und die wirtschaftspolitische Unsicherheit – im Bereich der Banken, der Strukturreformen und anderer Standortfaktoren – muss gesenkt werden. Aber es ist auch eine aktive Investitionsagenda notwendig. Sie muss den Wettbewerb verbessern, den europäischen Binnenmarkt vollenden und die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen in Europa erleichtern.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
www.diw.de
81. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Dr. Kati Schindler
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Andreas Harasser
Sebastian Kollmann
Dr. Claudia Lambert
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Prof. Dr. Martin Kroh
Isabel Teichmann

Textdokumentation

Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74, 77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01806 - 14 00 50 25,
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.